



aus Wiesbaden

Nr. 6 – September 2000

Liebe Genossinnen und Genossen,

der engste Vertraute von Roland Koch ist im Spendensumpf untergegangen. Franz-Josef Jung, Leiter der Staatskanzlei im Ministerrang, ist wegen nichtauflösbarer Widersprüche in der Schwarzgeldaffäre von seinem Amt zurückgetreten. Die angeschlagenen Steigbügelhalter von der FDP haben das Opfer gnädig angenommen und damit innerparteilich wieder etwas mehr Ruhe vor den Skeptikern in den eigenen Reihen gewonnen, die eine Beendigung der Koalition in Wiesbaden fordern. Ruth Wagner und ihre Lemminge im Landesvortand der FDP stehen weiter getreu zu Roland Koch und werden wahrscheinlich erst von diesem unsäglichen Ministerpräsidenten lassen, wenn er selbst unter Anklage steht. Es bleibt zu hoffen, dass nach der Übergabe der CDU-Akten an den Untersuchungsausschuss im Landtag das Gespinnst von Unwahrheiten und Verschleierungen weiter zerreißt und dem Treiben von Roland Koch endlich ein Ende bereitet wird. Hessen hat diesen Regierungschef nicht verdient meint

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*

Schule der Zukunft

Die Hessische Landesregierung reduziert Bildungspolitik auf die Lehrerversorgung und die Abdeckung der Stundentafel. Auf der Strecke bleibt dabei die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen und die Forderung, über den Unterrichtsstoff hinaus Handlungskompetenzen zu vermitteln. CDU und FDP wollen eine frühzeitige Auslese im Bildungsprozess. Die SPD-Landtagsfraktion hat ein neues Konzept zur Entwicklung von Schule vorgelegt, das die Qualität der Bildung verbessern soll. Unser Ansatz will den Bildungsprozess insbesondere auch den Umgang mit den neuen Medien fördern und gleichzeitig Chancengerechtigkeit und soziale Integration erreichen. Ein wichtiger Schritt dazu ist der Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schulformen. Dabei geht es nicht um eine längere „Aufbewahrungszeit“ an den Schulen sondern um die Verbesserung des Lehrens und Lernens. Zusätzliche Angebote für schwächere oder in ihrer sozialen Entwicklung gefährdete Kinder können ebenso wie die spezifische Förderung von einzelnen Qualifikationen Platz in einem Ganztagskonzept finden. Gleichzeitig wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig unterstützt. Um möglichst viele Ganztagsangebote zu fördern, will die Landtagsfraktion auch das Verhältnis zwischen Land, Schul- und Jugendhilfeträger neu ordnen. Maßnahmen und Angebote der Jugendhilfe und von Schule sollen in Kooperationsmodellen gebündelt und gemeinsam entwickelt werden. Schulsozialarbeit und zusätzliche Betreuungsmaßnahmen können so weiterentwickelt und wirkungsvoller gestaltet werden.

Qualitätsverluste bei der Altenpflegeausbildung?

Das neue Gesetz zur Altenpflegeausbildung, das mit Beginn der diesjährigen Ausbildungskurse in Kraft tritt, lässt große Spielräume zur Verkürzung der Ausbildungszeit auf zwei Jahre. Der Nachweis, fünf Jahre einen Haushalt mit einem Kind oder einer pflegebedürftigen Person geführt zu haben, wird zukünftig genügen, um die Dauer der Ausbildung um ein Jahr zu verkürzen. Obwohl sich in der Anhörung zum Gesetzentwurf Einrichtungsträger, Altenpflegesschulen und Auszubildende vehement gegen eine solche Verkürzung ausgesprochen hatten, blieb die Regelung im neuen Gesetz. Die Forderung der Fachleute, die Altenpflegeausbildung fachlich aufzuwerten, wurde von der Mehrheit im Landtag nicht berücksichtigt. Unberücksichtigt blieb auch der Hinweis, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Qualitätssicherung in der Pflege vorbereitet, der diese Verkürzungsmöglichkeiten nicht enthalten wird. Die Diskussion um die Zukunft der Altenpflege in Hessen scheint noch nicht beendet - sicher ist nur, dass die Landesmittel für neue Pflegeeinrichtungen im Haushaltsentwurf 2001 wieder um fünf Millionen gekürzt wurden!

Koch empfiehlt den Bau der Nordwest-Landebahn

Nachdem die FAG bereits lange vor dem Ende des Mediationsverfahrens den Bau einer Bahn im Kelsterbacher Wald präferierte, hat auch Roland Koch sich für diese Priorität entschieden. Wen wundert es noch, wenn man weiß, dass er nicht nur Ministerpräsident sondern auch Vorsitzender des FAG-Aufsichtsrates ist. Bei dieser Bahnvariante sei die geringste zusätzliche Lärmbelastung zu erwarten, stellte Roland Koch fest. In Offenbach ist bereits ohne Ausbau die Grenze der Belastung überschritten. Wer da noch von geringstem Lärmzuwachs spricht, nimmt die Auswirkungen des Fluglärms auf die Gesundheit der Menschen und auf die Entwicklung der Siedlungsstruktur nicht ernst. Doch noch ist die Frage des Ausbaus nicht endgültig entschieden. Frühestens 2002 wird das Raumordnungsverfahren abgeschlossen sein, auf dessen Grundlage eine Festlegung für eine Landebahnvariante erfolgen kann. Es wird entscheidend sein, ob der Widerstand der Region und der betroffenen Menschen erhalten bleibt, gleichgültig ob im Norden oder im Süden des Flughafens. Wer die Lebensqualität rund um den Flughafen erhalten will, muss sich gemeinsam gegen eine Erweiterung des Flughafens engagieren. Die FAG möchte rechtzeitig zur Fußballweltmeisterschaft 2006 die neue Landebahn in Betrieb nehmen. Das sollten Kommunen und Bürger und Bürgerinnen verhindern.

Landtagsdebatte mit Tiefgang

Ein Exempel statuieren wollten die Regierungsfractionen in der Plenarwoche im September. Die Tagesordnung war durch zahlreiche Initiativen der Oppositionsfractionen - einmal mehr auch Anträge zum Spendensumpf der Hessischen CDU - so angeschwollen, dass erste Schätzungen einen Sitzungsmarathon ab Donnertagsmorgen 9.00 Uhr bis Freitagmorgen um 7.00 Uhr ergaben. Die Mehrheit im Landtag ließ wissen, man tage bis zur Erledigung der Tagesordnung. Damit sollte der Opposition ein für allemal die Lust an bohrenden Fragen und Kritik genommen werden. Die Realität zeigte, dass die Matadore der Landesregierung diesem Sitzungsstress am wenigsten gewachsen waren. Minister, die leicht alkoholisiert auf ihrer Regierungsbank entschlummerten und unter der Bank heimlich zur Zigarette griffen, waren wenigstens noch anwesend. Große Teile des Kabinetts zogen sich ohnehin lieber in ihre Gemächer zurück, während die Abgeordneten zur Geisterstunde debattierten. Das Interesse an der Arbeit des Parlaments besteht offensichtlich nur, wenn eine ausreichende Zahl von

Journalisten anwesend ist!

